

Entwicklungspolitik '92: Abkehr von der Dritten Welt

Von Michael Dauderstädt

- Wirkungsloses Wachstum
- Belanglose handelspolitische Anpassung
- Lustlose Hilfe
- Eurozentrische Perspektiven
- Dauerkrise in der Dritten Welt

Zusammenfassung

- Falls die EG-Wirtschaft durch den Binnenmarkt einen wirtschaftlichen Wachstumsschub erhält, werden die Entwicklungsländer davon am wenigsten profitieren. Eine Ausnahme bilden bestenfalls die höher entwickelten Schwellenländer.
- Die geringfügigen Anpassungen der EG-Außenhandelspolitik verändern für sich allein weder die Präferenzpyramide noch den heimlichen Protektionismus der EG. Strukturelle Änderungen sind auf Druck der iberischen Neumitglieder und infolge der unumgänglichen Öffnung nach Osten nur zu Ungunsten der Entwicklungsländer zu erwarten.
- Die Entwicklungszusammenarbeit leidet an dem doppelten Bedeutungsverlust aufgrund ihrer eigenen Legitimationskrise und dem Ende der Systemkonkurrenz in der Dritten Welt. Angesichts neuer Ausgabeprioritäten für die Binnenentwicklung der EG und in der Zusammenarbeit mit Osteuropa wird sie daher stagnieren.
- Süderweiterung und Binnenmarkt haben ein neues europäisches Selbstbewußtsein ge-

schaffen, das auch das restliche Europa ergriffen und mit verwandelt hat. Die absehbaren Schwierigkeiten in seiner südwestlichen und östlichen Peripherie werden Aufmerksamkeit und Ressourcen dieses neuen Europa primär beanspruchen.

- Verschuldung, Armut, Umwelt, Sicherheit – die Probleme des Südens verschwinden nicht, indem man nach Osten schaut. Europa muß sich ihnen stellen, allerdings mit einer neuen Südpolitik.



1. Wirkungsloses Wachstum

Sinkende Wachstumsraten, Rückfall im Vergleich zu anderen Ländern provozieren Reformen: in Osteuropa die Perestroika, in der EG den einheitliche Binnenmarkt. Doch von der

(durchaus nicht einhellig) erwarteten Dynamisierung der europäischen Wirtschaft werden die Entwicklungsländer am wenigsten profitieren. Denn Wachstum saugt zwar mehr Importe an, aber wegen des hohen Entwicklungsstands der EG in einer Struktur, bei der die Rohstoffproduzenten und die Anbieter einfacher Fertigwaren relativ zurückfallen. Die wesentlichen Nutznießer sind die Lieferanten von Investitionsgütern, Fertigwaren des gehobenen Verbrauchs und vor allem von Dienstleistungen, die, wenn überhaupt aus Entwicklungsländern, dann aus den höher entwickelten Schwellenländern kommen.

Anbieter innerhalb der EG sind besser platziert, von künftigem Wachstum zu profitieren und nehmen möglicherweise den Entwicklungsländern sogar noch das Geschäft weg. Bei Direktinvestitionen ist schon eine Neuorientierung zugunsten Spaniens und Portugals zu beobachten. Entsprechend dürften sich die Handelsströme umlenken. Dabei haben die iberischen Länder eine Angebotspalette, die direkt mit den Entwicklungsländern konkurriert: arbeitsintensive Niedriglohnfertigung, subtropische Landwirtschaft und Tourismus.

Die Entwicklung in Osteuropa verstärkt diese eurozentrische Tendenz noch. Setzen sich dort Demokratie, Marktwirtschaft und außenwirtschaftliche Öffnung durch, so sind diese Länder durch geographische Nähe, hohen Qualifikationsstand und niedrige Kosten der Arbeitskräfte und kulturelle Faktoren attraktivere Standorte und Handelspartner als die meisten Entwicklungsländer.

Unterm Strich wird es ein knappes Rennen zwischen den Umlenkungseffekten und den Handelsausweitungswirkungen werden. Die Marktverluste in Europa, die den Entwicklungsländern dadurch entstehen, daß sie von südwest- und osteuropäischen Anbietern verdrängt werden, können durch Nachfrageausweitung nur bei einer lang anhaltenden und kräftigen Wachstumsphase kompensiert werden. Dabei stehen nur die Verlierer schon fest: die ärmsten Entwicklungsländer ohne wettbewerbsfähige Produktion.

2. Belanglose handelspolitische Anpassung

Die handelspolitischen Implikationen des Binnenmarkt-Programms betreffen direkt nur den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten der EG. Die Regelungen für den Außenhandel mit Entwicklungsländern verändern sich in dem Maß, wie sie jetzt noch spezifisch für einzelne EG-Mitglieder formuliert sind. Dies gilt etwa für das Welttextilabkommen, das Allgemeine Präferenzsystem, sowie freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen und produktspezifische Regeln wie das Bananenprotokoll, bei denen der Marktzugang der Drittländer nach importierenden Mitgliedsländern quotiert ist. In diesen Fällen können die Mitgliedsstaaten auch Einfuhren aus anderen Mitgliedsstaaten unterbinden, wenn es sich dabei um Reexporte handelt, mit denen Quoten umgangen werden. Darüber hinaus haben die EG-Mitglieder bis 1992 noch nach Art. 115 EWGV die Möglichkeit, den Umgehungshandel bei Produkten zu unterbinden, deren direkten Import sie wegen erwarteter wirtschaftlicher Schwierigkeiten eingeschränkt oder untersagt haben. Der Art. 115 und alle noch vorhandenen nationalen Quoten, Zölle und nicht tarifären Handelshemmnisse müssen aufgelöst werden. Sie können durch Gesamt-EG-Maßnahmen ersetzt werden. Wahrscheinlich werden sich aber viele Länder, vor allem die Neumitglieder der EG, Schutzklauseln vorbehalten oder verdeckte Gegenmaßnahmen ergreifen.

Eine tatsächliche vollständige Liberalisierung des Handels zwischen den Mitgliedsstaaten wird mittelfristig wahrscheinlich traditionelle Lieferbeziehungen zwischen einzelnen EGLändern und Entwicklungsländern abschwächen oder beenden. So dürften z. B. französische Importeure und Verbraucher ihre tropischen Produkte zunehmend auch aus Lateinamerika beziehen. Diese Veränderungen stellen in erster Linie jedoch nur eine Umverteilung unter den Entwicklungsländern dar.

Die neue gemeinsame Handelspolitik wird z.T. bisherige nationale Schutzmaßnahmen ersetzen. Es ist zu erwarten, daß sie bei Zöllen und Quoten generell offener, bei Normen und

ähnlichen Vorschriften (insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Umwelt) restriktiver sein wird. Im GATT mag die EG auf Druck ihrer Neumitglieder ihren ohnehin schon notorischen Rückgriff auf Anti-Dumping-Maßnahmen verstärken. Auch das neue Instrument „Reziprozität“ wird sich angesichts der himmelweiten Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu Lasten der Entwicklungsländer auswirken.

Bei den nicht-tarifären Handelshemmnissen geht das Binnenmarkt-Programm davon aus, daß nur ein Teil der nationalen Bestimmungen durch einheitliche EG-Vorschriften zu ersetzen ist. In den meisten Fällen will die EG das neue Prinzip der gegenseitigen Anerkennung nationaler Regelungen anwenden. Danach muß ein Produkt, das in einem EG-Land zugelassen ist, auch in allen anderen Mitgliedsstaaten verkauft werden dürfen. Exporteure aus Entwicklungsländern müßten sich dann nur einem einzigen nationalen Genehmigungsverfahren unterziehen, wobei sie das anspruchloseste auswählen könnten. Aber auch ohne vollständige Harmonisierung sollen in vielen Bereichen Mindestregelungen gelten. Angesichts der wachsenden Besorgnis etwa bezüglich des Umweltschutzes müssen alle Anbieter damit rechnen, daß sie hier zunehmenden Qualitätsanforderungen unterworfen werden – die in Einzelfällen auch als Deckmantel protektionistischer Praktiken dienen mögen. Vor allem die iberischen Länder können ihre Mitgliedschaft und Mitarbeit in Normenausschüssen der EG, CENELEC und CEN, nutzen, um Konkurrenten aus Schwellenländern zu benachteiligen.

Schließlich müssen die in der EG teilweise stark divergierenden Verbrauchssteuersätze zumindest angenähert werden. In einigen Fällen – wie z. B. bei Kaffee und Tee in der Bundesrepublik – erlaubt das im Prinzip Preisenkungen, die ihrerseits den Konsum gering ansteigen lassen könnten. Umgekehrt könnte eine graduelle Anpassung der Steuern auf Tabak auf das Nord-EG-Niveau in den südlichen Mitgliedsstaaten Absatzeinbußen verursachen. Ansonsten ändert sich bei den für die Entwicklungsländer besonders wichtigen

Agrarprodukten durch den Binnenmarkt fast nichts, da er die gemeinsame Agrarpolitik nicht direkt berührt. Lediglich die Ausgleichszahlungen für den EG-internen Agrarhandel, bei dem fiktive „grüne“ Wechselkurse zugrundegelegt werden, muß im Prinzip eine Änderung stattfinden. Sie vollzieht sich aber gegen ebenso große Widerstände wie die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik insgesamt, die zwar in der Binnenmarkteuphorie auch einen kleinen Schritt vorwärts gemacht hat, aber eben nur einen kleinen.

Den Gesamteffekt dieser Anpassung muß man auf dem Hintergrund der bisherigen EG-Handelspolitik gegenüber den Entwicklungsländern einzuschätzen versuchen. Die EG hat hier eine komplexe Hierarchie von Präferenzen geschaffen, in der die assoziierten Länder des Mittelmeers und die AKP-Staaten weitgehend zollfreien Zugang zu den EG-Märkten genießen, während die übrigen Entwicklungsländer im Allgemeinen Präferenzsystem geringe Zölle zu entrichten haben. Zwei Faktoren haben jedoch den Wert dieser Präferenzstruktur praktisch untergraben: Erstens sind die Unterschiede zu gering, um Standortentscheidungen angesichts stark schwankender anderer Kosten nachhaltig zu beeinflussen. Zweitens hat sich die EG meist Schutzklauseln oder andere Schlupflöcher gelassen, die sie in den meisten Fällen prompt angewandt hat, wenn ein Entwicklungsland sich zum ernsthaften Konkurrenten entwickelt hatte.

Unterm Strich ist bei aller handelspolitischen Anpassung aber nicht mit einer grundsätzlich stärkeren Liberalisierung und Öffnung der EG gegenüber den Entwicklungsländern zu rechnen. Es kommt im wesentlichen zu einer weiteren Umverteilung des Marktzugangs unter den Entwicklungsländern. Hiervon profitieren in erster Linie die ohnehin erfolgreichen Länder, wenn die EG nicht ihre Präferenzpyramide stärker staffelt. Obendrein werden die Neumitglieder darauf drängen, ihre Vorteile aus dem Binnenmarkt, die sie dringend zur Kompensation der Anpassungschocks brauchen, handelspolitisch nach außen abzusichern. Schließlich ist abzusehen, daß die EG den reformorientierten osteuropäischen Län-

dem, die meist auch bei den OECD-Ländern hoch verschuldet sind, ihre Märkte stärker öffnen muß. Bei diesen Ländern verbessert schon eine bloße Anwendung der GATT-Regeln potentiell den Marktzugang.

3. Lustlose Hilfe

Die Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinne, d. h. im wesentlichen die Gewährung von Zuschüssen oder vergünstigten Krediten sowie die technische Zusammenarbeit, wird vom Binnenmarktprojekt nur indirekt berührt. Sie betrifft vor allem die AKP-Länder, bei denen Fragen des Fertigwarenhandels eine relativ geringe Rolle spielen.

Günstig könnten sich zunächst zwei Aspekte auswirken: Bei zunehmendem Wirtschaftswachstum stiegen, selbst wenn der Anteil der Entwicklungshilfe am BSP lediglich konstant bliebe, auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Liberalisiert die EG die Beschaffungspolitik der öffentlichen Haushalte, etwa durch Ersatz der nationalen Lieferbindung durch eine EG-weite Lieferbindung (Kauf in einem beliebigen Mitgliedsstaat), so verbessert dies das Preis-Leistungs-Verhältnis der Entwicklungszusammenarbeit, da die Empfänger qualitativ bessere und/oder preiswertere Angebote wahrnehmen können.

Im EG-Haushalt muß die Hilfe schon jetzt nicht nur mit dem traditionell größten Brocken, der Gemeinsamen Agrarpolitik, sondern in Zukunft auch mit steigenden Ansprüchen für Maßnahmen in den Neumitgliedern, für Politiken, die den Binnenmarkt flankieren, und für Osteuropa konkurrieren. Zwar ist es unwahrscheinlich, daß dies zu einem absoluten Rückgang der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit führt. Weder die EG noch einzelne Mitgliedsstaaten wollen angesichts langfristiger Verpflichtungen und des Gewichts entwicklungspolitischer Institutionen und Aktionsgruppen die Entwicklungshilfe kürzen. Aber eine überproportionale Steigerung der Haushaltsansätze ist ebenfalls weder bei der EG noch in den Mitgliedsstaaten zu erwarten. Besten-

falls die Mittelmeerländer, die bisher kaum Entwicklungszusammenarbeit betrieben, werden — dem Beispiel Italiens folgend — demnächst hier aktiver werden. Neue Mittel werden — soweit vorhanden — den neuen Aufgaben in Europa zugeführt.

Mangelndes politisches Interesse senkt zwar die Quantität der Hilfe, mag aber Chancen für neue Qualitäten eröffnen, denn oft hat die Sachlogik der Entwicklungszusammenarbeit unter der Dominanz politisch-institutioneller Prioritäten gelitten. Denkbar wäre eine weitergehende Vergemeinschaftung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit, die ja zu 80% noch bilateral abgewickelt wird. Aber die Aussichten dafür beschränken sich auf kosmetische Korrekturen angesichts des Fortbestands der verschiedenen nationalen Durchführungsorganisationen und zahlreicher anderer „vested interests“.

Binnenmarkt und die Krise der Planwirtschaften im Osten haben der Philosophie der freien Marktwirtschaft weiter Aufwind gegeben. Im Zuge dieses Trends wird die Entwicklungszusammenarbeit wahrscheinlich stärker zum Instrument ordnungspolitischer Forderungen werden, meist im Kontext von Strukturanpassungsprogrammen des IWF und der Weltbank, die die EG dann unterstützt. Die Entwicklungsländer können dem politisch um so weniger entgegenreten, als sie geopolitisch in dem Maß an Bedeutung verlieren, wie sich insbesondere die UdSSR aus der Dritten Welt zurückzieht und keine praktikable Alternative als politischer Bündnispartner und wirtschaftliche Schutzmacht mehr darstellt.

Eine weitere, nicht unerhebliche Quelle finanzieller Ressourcen für die Entwicklungsländer sind die Exportförderungssysteme der Industrieländer. In einer stärker integrierten EG müßten diese nationalstaatlichen Alleingänge in der Außenhandelspolitik aufhören. Offen bleibt, ob eine gemeinschaftliche Exportförderungs politik, die dann mit den anderen OECD-Ländern konkurriert, zu geringeren Zugeständnissen neigt, weil die EG sich ohnehin wettbewerbsfähig genug fühlt, oder ob großzügig im Sinne eines offensiven Exportmarke-

tings subventioniert wird, weil man die Kritik der anderen Industrieländer weniger fürchtet.

Beim Rohstoffhandel könnte die stärkere Nachfrage und die damit evtl. verbundenen höheren Preise die Exporterlöse anheben und damit die Transfers aus dem STABEX- und SYSMIN-Abkommen für die AKP-Länder reduzieren. Die eingesparten Mittel ständen anderen Verwendungen innerhalb des Lomé-Abkommens zur Verfügung.

Unterm Strich wird die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit jedoch sinken. Ihr Ruf als ein Instrument der Armutsbekämpfung ist weitgehend ruiniert. Institutionen der Hilfeverwaltung haben an Glaubwürdigkeit eingebüßt, wenn auch nicht im gleichen Umfang wie die Regierungen gerade der armen Empfängerländer, denen kaum noch jemand eine ernsthafte Entwicklungsanstrengung zutraut. Damit fehlt jede Legitimation im politischen Alltag, eine Erhöhung der Entwicklungshilfe konkurrierende Verwendungen innerhalb Gesamt Europas durchzusetzen.

Am ehesten können vor allem die ärmsten Entwicklungsländer der AKP-Gruppe noch damit rechnen, daß Banken und öffentliche Gläubiger ihnen z. B. ihre Altschulden weitgehend erlassen oder sie bei Projekten und Programmen unterstützen, die im ökologischen Interesse der EG bzw. der Menschheit sind. In vielen Fällen können beide Formen der Unterstützung miteinander verbunden werden, indem man aus den Gegenwerten der Schuldenerlasse bzw. der Differenz zwischen Nennwert und Marktwert der Schuld auf den Sekundärmärkten ökologische Projekte finanziert. Manche Entwicklungsländer werden zusätzliche Hilfe brauchen, damit ihre Exportprodukte die schärferen Umweltnormen der EG im Rahmen des Binnenmarktes erfüllen.

Aber auch im ökologischen Bereich gilt, daß die Probleme in Osteuropa von zumindest vergleichbarer Dringlichkeit sind. Die Zerstörung der Umwelt hat dort allgemein, insbesondere aber in der CSSR und DDR, Ausmaße erreicht, die das pflanzliche Leben weitreichend bedroht und lokal die Lebenserwartung spürbar

reduziert hat. Erhebliche Investitionen zur ökologischen Restrukturierung von Kraftwerken und Industrieanlagen sind nötig, für die eine wachsende finanzielle Beteiligung Westeuropas, vor allem der Bundesrepublik teils zugesagt, teils absehbar ist.

Folgt der Vollendung des Binnenmarktes die europäische Währungsintegration, so wird insgesamt der Finanzplatz Europa an Bedeutung gewinnen – auch als Kapitalquelle für die Entwicklungsländer. Der EG-Markt für finanzielle Dienstleistungen wird liberalisiert und dadurch wahrscheinlich an Effizienz und Volumen gewinnen. Steigt mit der Wettbewerbsfähigkeit der EG auch ihr Leistungsbilanzüberschuß, so wird sie ein bedeutender Kapitalexporteur. Der ECU könnte dann neben Yen und US-Dollar die wichtigste Reservewährung werden, und es läge nahe, daß sich Neuverschuldung wie Altschulden der Entwicklungsländer so diversifizieren, daß ein höherer Anteil in ECU gezeichnet und/oder von EG-Gläubigern gehalten wird. Das könnte zeitweilig den Schuldendienst dank niedrigerer Zinsen im Vergleich zum US-Dollar reduzieren.

4. Eurozentrische Perspektiven

Die Dritte Welt ist „out“, Europa ist „in“. Durch die Krise der frühen achtziger Jahre haben die Entwicklungsländer an wirtschaftlichem Gewicht verloren. Rezession, Zinsanstieg und starker Dollar haben – außer in Ostasien – ihr Wachstum ruiniert und ihre Auslandschulden durch die Decke schießen lassen. Gleichzeitig hat den Entwicklungsländern das Versagen der Entwicklungszusammenarbeit und das sinkende Vertrauen in politische Interventionen in die Weltwirtschaft – beides verstärkt durch die Markteuphorie – ebenso politisch geschadet wie in den mittleren und späten achtziger Jahren die geopolitische Entspannung. Vom Boom dieser zweiten Periode haben sie dabei kaum profitiert.

Europa dagegen hat in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts eine Art Renaissance erlebt. Nicht nur ging es wirtschaftlich bergauf. Die

Süderweiterung und das Binnenmarktprogramm haben der EG neuen Schwung verliehen. Zwar kann sie immer noch nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Japaner erreichen, aber der Stern des anderen Hauptkonkurrenten USA ist wegen des hartnäckigen Doppeldefizits verblaßt.

Die europäischen Unternehmen investierten, um sich auf den schärferen Wettbewerb im Binnenmarkt vorzubereiten und an den Wachstumschancen der Neumitglieder Spanien und Portugal zu partizipieren. Vor allem die Bundesrepublik als der größte Investitionsgüterlieferant Europas profitierte davon. Ihre ohnehin starke Position als Leitwährungsland und wirtschaftliche Vormacht Europas verstärkt sich weiter und wird im Kontext ihrer Lage als mitteleuropäische Schaltstelle auf dem Hintergrund der Öffnung der DDR zu einem Schlüsselfaktor in der außenpolitischen Orientierung der EG.

Nicht nur der wirtschaftliche Aufschwung, auch das neue Selbstvertrauen Westeuropas haben dazu beigetragen, die ohnehin schon lange schwelende Krise der osteuropäischen Planwirtschaften politisch zuzuspitzen. Das Modell Europa wurde attraktiv nicht nur für neutrale Staaten wie Österreich, sondern auch für die übrigen mitteleuropäischen Länder. Umgekehrt stiegen diese Länder an die Spitze der politischen und wirtschaftlichen Interessenhierarchie der EG.

Trotz struktureller Probleme haben sie gute Chancen, wenn nicht die Schwellenländer, so doch die schwächeren Entwicklungsländer beim Kampf um den westeuropäischen Markt, den mit Abstand größten Importmarkt der Welt, zu schlagen. Sie können das nicht zuletzt deshalb, weil sich Investoren aus der EG, aber auch z. B. aus Japan, aufgrund eben dieser Einschätzung dort engagieren und dann für den Export in die EG produzieren. Zunehmende Ausfuhren in die EG oder andere „Hartwährungsländer“ brauchen die mittel- und osteuropäischen Länder schon, um ihre hohen Schulden bedienen zu können.

Dabei wird Osteuropa fast zwangsläufig mit den Entwicklungsländern in Wettbewerb treten. Denn seine komparativen Vorteile liegen auf ähnlichen Gebieten: vor allem relativ niedrige Löhne und in einigen Fällen Rohstoffe. Im Gegensatz zu den Entwicklungsländern kann es sich Westeuropa aber bei den osteuropäischen Ländern viel weniger leisten, sie in eine zunächst vielleicht nur wirtschaftliche, aber dann bald politisch-militärische Krise abgleiten zu lassen. Allein die nächstliegende Konsequenz, eine Einwanderungswelle, die sich schon aus geographischen Gründen schlechter abwehren ließe als im Falle Afrikas, wäre Grund genug für besondere Hilfeanstrengungen. Hinter dem ökonomischen Problem lauern aber sicherheitspolitisch weit bedeutsamere Gefahren: das Aufbrechen von Minderheitenkonflikten, alte Grenzstreitigkeiten, nationale Rettungsversuche durch das jeweilige Militär, „Klassenkämpfe“ völlig neuen Typs um die Verteilung des jetzt noch durch Staat (und Partei) kontrollierten Produktivvermögens dieser Länder. West- und Mitteleuropa hat ein vitales Interesse daran, diese Krisenpotentiale zu entschärfen und sei es nur dadurch, daß alle Beteiligten wenigstens nicht über sinkenden materiellen Wohlstand klagen und streiten müssen.

Für die südeuropäischen Länder, insbesondere die iberischen Neulinge, mag das weniger direkt bedeutsam sein, aber sie können sich dem Druck der Mitteleuropafraktion der EG wohl kaum entziehen. Ihr Interesse kann nur darin liegen, daß die wachsende Zusammenarbeit mit dem Osten nicht auf ihre Kosten geht. Dabei haben sie bessere Ausgangsbedingungen als die Entwicklungsländer, da sie an der Formulierung der gemeinsamen EG-Politik beteiligt sind. Ihre ohnehin protektionistischen Neigungen werden auf diesem Hintergrund verstärkt und in dem Maß gegen die Entwicklungsländer gerichtet, wie sie die Öffnung nach Osten hinnehmen müssen. Sicher wird dies die Schwellenländer stärker als die ärmsten Entwicklungsländer treffen, die wegen ihrer geringen Wettbewerbsfähigkeit und Fertigungstiefe auch weniger Abschottungsmaßnahmen zu fürchten haben.

In einem Punkt werden die Südeuropäer allerdings auf eine Fortsetzung und Intensivierung der EG-Entwicklungspolitik drängen, nämlich im südlichen Mittelmeer. Was den Mitteleuropäern Osteuropa ist, sind für die Südeuropäer Maghreb und Maschrek, also die Südanrainer des Mittelmeers, mit denen sie dieses Meer und eine gemeinsame Geschichte verbinden. In diesen Ländern wächst die Bevölkerung dramatisch bei gleichzeitiger wirtschaftlicher und politischer Krise. Die Auswanderung nach Südeuropa ist dort schon massive Realität und belastet die innenpolitische Situation der Zielländer, insbesondere Frankreichs, in zunehmendem Maße. Bei gleichzeitiger Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft kann die EG hier nicht tatenlos zusehen.

5. Dauerkrise in der Dritten Welt

Die eurozentrische Umkehrung der Prioritäten wird die Befürworter der Entwicklungszusammenarbeit veranlassen, erneut die Grundlagen für ein Engagement in der Dritten Welt zu prüfen. Viele dieser Grundlagen bleiben ungeachtet des Wandels in Europa bestehen oder gewinnen sogar durch ihn neue Bedeutung. Denn die Dauerkrise des Südens endet nicht, weil Europa eine Phase der Nabelschau beginnt.

In manchen Bereichen kann der Aufschwung Europas die Probleme der Entwicklungsländer verschärfen. Stärkeres Wachstum belastet die Umwelt und verbraucht mehr Rohstoffe. Eine relative Zurückhaltung bei den Finanztransfers mag die Verschuldungskrise weiter zuspitzen. Wachsende Drohpotentiale in Entwicklungsländern ergeben sich schließlich aus der unheilvollen Verbindung von (waffen-)technologischen Fortschritten und gesellschaftlichen Dauerkrisen samt den sie begleitenden Herrschaftsformen ohne demokratische Kontrolle und moralische Verantwortung.

In manchen Punkten mag ein Aufschwung die europäische Haltung auch positiv beeinflussen: Ein steigender Wohlstand Europas steht in zunehmendem Kontrast zur Armut vieler Entwicklungsländer und mag das Gewissen

seiner Bürger alarmieren. Die globale ökologische Interdependenz wird gerade den Reichen ein dringlicheres Anliegen. Die Entspannung mag Haushaltsmittel in der Rüstung freisetzen, die für neue Aufgaben zur Verfügung stehen. Der Rückzug politischer und wirtschaftlicher Interessen aus der Entwicklungspolitik mag den Weg für eine sachgerechtere Politik öffnen. Neue Formen der Zusammenarbeit mit Osteuropa mögen als Vorbild für die Entwicklungszusammenarbeit und Anlaß für deren Reform dienen.

Aber den Einsparungen bei der Rüstung stehen die Kosten der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Ausgaben zur Begrenzung negativer (Beschäftigungs-)Effekte der Abrüstung gegenüber. Angesichts von Hunger, Elend und drohenden Umweltkatastrophen sind zwar viele Gruppen in den reichen Ländern auch zu Opfern bereit, aber nicht mehr dazu, diese ohne Aussicht auf entsprechende Wirkungen zu bringen. Erst wenn die Entwicklungspolitik statt Skandalen, Bürokratie und der Bereicherung der Eliten echte Entwicklung vorweisen kann, kann sie wieder mit Opferbereitschaft rechnen – wobei echte Erfolge, wie z. B. in den asiatischen Schwellenländern, auch rasch das Ende der Hilfe und den Beginn der Konkurrenz bedeuten.

Betroffenheit über die Dauerkrise der Entwicklungsländer mag – vor dem Hintergrund des großen Trends – nicht ausreichen, eine strategische Neuorientierung zugunsten der Entwicklungsländer zu erzielen. Aber vielleicht genügt das politische Gewicht dieser langfristig fortbestehenden Problemfelder im Nord-Süd-Verhältnis, um bescheidene Spielräume für die Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen. Im Lomé-Kontext könnte die EG endgültig auf die Schutzklauseln und andere Formen des heimlichen Protektionismus verzichten und den AKP-Ländern Beobachterstatus bei den für den Zugang zum Binnenmarkt so wichtigen Normenausschüssen CEN/CE-NELEC gewähren. Zwar werden es in erster Linie Investoren aus Drittländern sein, die dies auszunutzen verstehen; aber auch dies hilft indirekt den Entwicklungsländern, die als Standorte neuer Produktion dienen.

Den globalen Herausforderungen auf den Gebieten der Armut, Sicherheit, Umwelt und Management der Weltwirtschaft (Verschuldung) muß die EG ohnehin weniger mit Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit – die hier kaum noch glaubhaft wirken – sondern mit außenpolitischen oder besser: weltinnenpolitischen Mitteln antworten. Finanztransfers an Regierungen, die für die Probleme ihres Landes oft mitverantwortlich sind, dürften dabei zu den ungeeigneteren Maßnahmen zählen. Statt Hilfe zur Selbsttäuschung zu leisten, wäre eine Korrektur derjenigen eigenen Politiken angezeigt, die nachweislich die Lage der Dritten Welt erschweren, wie die Gemeinsame Agrarpolitik, Maßnahmen der internationalen Währungspolitik, die, etwa durch hohe Zinsen, die Verschuldungskrise verschärfen, oder die vielfältige Einmischung in die inneren Konflikte der Entwicklungsländer.

Europa, und nicht nur Europa, hat eine Chance, dies auf dem Hintergrund einer neuen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Nicht-Ordnung zu versuchen. Der wirtschaftliche Aufstieg Westeuropas und Japans nach dem 2. Weltkrieg zerstörte im Ergebnis die US-amerikanische Hegemonie innerhalb des kapitalistischen Weltsystems. Auf dem Gebiet

der Außenpolitik vollendet der langsame Abschied der Sowjetunion von der Weltbühne das Bild. Damit verliert das letzte, das sicherheitspolitisch-militärische Element der Hegemonialrolle der USA seine Bedeutung. Der Ost-West-Konflikt beendet damit tendentiell seine Dominanz des Nord-Süd-Verhältnisses, die unter der Regierung Reagan nochmal einen Höhepunkt erreicht hatte.

Die Versuche, unfähige Regierungen in Entwicklungsländern aus geostrategischen Gründen zu stützen, können nun aufhören. Vielleicht führt die dadurch ausgelöste Ermüchtung in der Dritten Welt dazu, daß sie nun selbst ihre Probleme energischer anpackt, statt auf die Hilfe von außen zu bauen. Der Norden kann sich mit einer neuen Weltinnenpolitik den Problemen zuwenden, die in der Tat für das Überleben der Menschheit wichtig sind. Aber am Beginn dessen wird erst eine große Ratlosigkeit stehen, wenn man aufrichtig und selbstkritisch die Ergebnisse der Politiken prüft, die bisher schon die Armut bekämpfen, die Weltwirtschaft stabilisieren oder die Umwelt retten wollten. Diese Ratlosigkeit wird noch zunehmen, wenn man überlegt, wie man in der Dritten Welt Ausbrüchen friedensbedrohender Barbarei vorbeugen könnte.

Die **Reihe Eurokolleg** greift wichtige Aspekte des europäischen Einigungsprozesses auf, mit dem Ziel, die verschiedenen, miteinander verzahnten Dimensionen der jeweiligen Problematik sichtbar zu machen und die zugehörigen Politikoptionen zu diskutieren. Die **Reihe Eurokolleg** sucht Klarheit in komplexe Sachverhalte zu bringen und will nicht für bestimmte politische Vorgehensweisen plädieren. Die einzelnen Titel der **Reihe Eurokolleg** werden jeweils im Anschluß an die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in diversen europäischen Hauptstädten durchgeführten Konferenzen des Typs „Eurokolleg“ verfaßt und basieren auf den intellektuellen Erträgen dieser Konferenzen.

Redaktion: Alfred Pfaller

Die **Reihe Eurokolleg** erscheint unregelmäßig. Bezug kostenlos durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Industrieländer, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

Copyright © 1990 bei Friedrich-Ebert-Stiftung

Herstellung: DCM Druck Center Meckenheim